

Jugendparlament ist fast auf der Ziellinie

Von Petra Konermann

Die Geschäftsordnung steht, der Wahltermin ist festgelegt: Nur noch ein paar Wochen, dann treten in Malchow Kinder und Jugendliche an die Wahlurne, um ihr eigenes Parlament aus der Taufe zu heben.

MALCHOW. Malchow ist bald die erste Stadt in der Müritzregion, in der Kinder und Jugendliche eine besondere Form der Mitsprache haben – genau dann, wenn das erste Kinder- und Jugendparlament aus der Taufe gehoben wird. Und zwar von den Protagonisten dieses Parlaments selbst.

Schon am 24. April ist Wahltag. Dann haben rund 570 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 12 und 21 Jahren aus Malchow und dem Amtsbereich die Möglichkeit, ihre insgesamt 15 Vertreter für das Kinder- und Jugendparlament zu wählen. Die Frist für die Bewerbungen der Kandidaten läuft bereits, noch bis zum 13. April können sich Bewerber aufstellen lassen.

Für Mirko Henschler, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Grüne in der Malchower Stadtvertretung, biegt damit ein besonderes Projekt auf die Zielgerade ein. Schon 2015 hatte er, damals noch Kandidat zur Wahl des neuen Malchower Bürgermeisters, die Idee zu so einem Jugendparlament. „Ich finde es nach wie vor wichtig, dass Kinder und Jugendliche sich auch politisch beteiligen können, sich einbringen können, dass sie mitreden können. Das ist nicht jedermanns Sache, das ist klar. Aber wer sich beteiligen möchte, für den muss es diese Möglichkeit geben. Das Kinder- und Jugendparlament ist so eine Möglichkeit zur Beteiligung“,

sagt Mirko Henschler heute. Von vielen Stadtvertretern wird das Vorhaben unterstützt, „einige finden es nicht so gut, aber das ist halt so“, meint Henschler.

Er ist sich sicher, dass das „Einmischen“ der Kinder und Jugendlichen der richtige Weg ist. „Wir wollen Malchow nicht nur für uns, sondern vor allem für die nächste Generation entwickeln. Da ist es doch nur logisch, dass wir uns ihre Meinungen, ihre Kritiken, ihre Ideen anhören“, findet Henschler.

Wir betreten Neuland, alles muss sich erst entwickeln 2016 stellte die Grünen-Fraktion in der Stadtvertretung den Antrag zur Gründung dieses Parlaments. Denn eines war von Anfang an klar: Das Kinder- und Jugendparlament sollte mit den Gremien der Stadtvertretung zusammenarbeiten, zum Beispiel in verschiedenen Ausschüssen.

Der „Unterbau“ des Kinder- und Jugendparlament Malchow steht inzwischen: Es wurde eine Geschäftsordnung verabschiedet, in der alle Belange des jungen Parlaments festgelegt sind. Und daraus wird deutlich, dass hier wirklich Arbeit geleistet werden soll. So heißt es in der Geschäftsordnung zum Beispiel: „Das Kinder- und Jugendparlament unterstützt die Stadtvertretung, seine Ausschüsse und die Stadtverwaltung in Fragen, die die jugendliche Bevölkerung in Malchow betreffen und die in den Wirkungskreis der Stadt fallen.“

Und die Jugendlichen wolle auch nichts auf die sprichwörtliche lange Bank schieben: „Die Stadtvertretung wird gebeten, Vorschläge sowie Empfehlungen des Kinder- und Jugendparlamentes innerhalb einer Frist von drei Monaten zu behandeln“, heißt es weiter in der Geschäftsordnung. Wie sich



Mitmachen ausdrücklich erwünscht: Jugendliche aus Malchow wollen sich einmischen und einbringen in die Stadtpolitik. Im April können 570 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 12 und 21 Jahren ihr eigenes Parlament wählen.

FOTO: PRIVAT

die Zusammenarbeit zwischen Stadtvertretung und Jugendparlament gestaltet wird – das, sagt Mirko Henschler, wisse man heute noch nicht: „Wir betreten Neuland, und alles muss sich erst einmal entwickeln.“

Kinderhilfswerk unterstützt mit Geld

Damit diese Entwicklung klappt, können die „Geburts helfer“ des Kinder- und Jugendparlamentes auf Partner setzen. Zum Beispiel auf Malchows Stadtpräsidentin Elke Annette Schmidt (Linke), aber auch auf das CJD und das Deutsche Kinderhilfswerk. Das hat dem Malchower Kinder- und Jugendparla-

ment als Modellprojekt eine Förderung über zwei Jahre zugesagt. Denn Demokratie wagen, das kostet nicht nur Engagement und Freizeit, sondern eben auch Geld. „Wir wollen Workshops und Schulungen machen, wir wollen aber auch in Austausch mit anderen Kinder- und Jugendparlamenten treten, die es bereits in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Und wir wollen auch prüfen, ob wir eine halbe Personalstelle schaffen können, damit wir den Überblick in der Bürokratie des Parlaments behalten“, macht Mirko Henschler deutlich.

Kontakt zur Autorin
p.konermann@nordkurier.de



Mirko Henschler hatte die Idee zu einem eigenständigen Kinder- und Jugendparlament in Malchow. Er ist nun maßgeblich daran beteiligt, es auf den Weg zu bringen.

FOTO: PETRA KONERMANN

Kritik an Informationspolitik des Warener Rathauses hält an

Von Carina Göls

Bürgermeister Norbert Möller muss sich von Bürgern und Politikern Vorwürfe wegen seiner Informationspolitik gefallen lassen. Denn die ist Chefsache. Er habe aber bereits reagiert, teilte er mit.

WAREN. Die offenbar differierende Informationspolitik im Warener Rathaus

bewegt weiter die Gemüter in Waren. Dass es so nicht mehr weitergehen dürfte, das betonen Stadtpolitiker und Bürger. Ganz oben auf der Agenda hat Reiner Espig, Stadtvertreter der Linken, das Thema und will es demnächst auch öffentlich ansprechen: „Es kann nicht sein, dass da mehrere EDV-Leute in der Verwaltung sind, aber es passiert nichts.“ Auch die Sitzungsunterlagen

würden immer später eintrudeln.

Im jüngsten Hauptausschuss am vergangenen Donnerstagabend hatten die Mitglieder darüber diskutiert und sich ganz klar positioniert: „Öffentliche Belange sollten auch allen öffentlich zugänglich sein“, sagte beispielsweise Rüdiger Prehn, ebenfalls Stadtvertreter der Linken. Inwieweit der Sitzungsdienst in der

Stadtverwaltung da überlastet sei oder einfach andere Anweisungen bekommen müsste, das fragt sich auch Ralf Spohr (CDU) und Chef des städtischen Finanz- und Grundstücksausschusses. Darüber müsse man reden und vielleicht ein Problem lösen oder die zuständigen Fachämter mehr mit einbeziehen. Wenn der Warener Sitzungsdienst de facto vielleicht nicht in der Lage sei,

das zu leisten, dann müsse die Verwaltung handeln.

Das hat Stadtchef Norbert Möller (SPD) nach eigenem Bekunden bereits. Nach der Debatte um Zwei-Klassen-Informationspolitik über Inhalte von Versammlungen sei es vor allem um die für Bürger fehlenden Informationsmöglichkeiten auf der städtischen Internetseite über die Planungen für das Feisneckbad gegangen.

„Ich habe den Vorfall zu den zunächst nicht veröffentlichten Unterlagen zur Problematik Naturbad Feisneck zum Anlass genommen und den Vorgang innerhalb unserer Verwaltung kritisch ausgewertet und das Controlling-System nochmals überarbeitet.“ ließ Möller auf Anfrage wissen.

Kontakt zur Autorin
c.goels@nordkurier.de



Leser schreiben an die Redaktion

Sind Bürger etwa Störfaktoren?

Unsere Leserin Marianne Henschke aus Waren äußert sich zum Artikel „Stadt Waren zieht Umbaupläne fürs Naturbad Feisneck zurück“, erschienen in der Müritz-Zeitung am 24. März

Der Bürgermeister unserer Stadt, Herr Möller, hat in der Hauptausschusssitzung am 22. März Umwelt- und Naturschützer als Lobbyis-

ten bezeichnet, die Einzelinteressen vertreten. Deren Auffassungen seien nicht die Meinung der Warener.

Lobbyisten sind per Definition Menschen, die Politiker für ihre Interessen zu gewinnen suchen. Hierbei geht es um eigene finanzielle und wirtschaftliche Vorteile. Bekanntermaßen handelt es sich bei den Mitgliedern des BUND, Nabu und andere um Ehrenamtler, die für ihre Arbeit in diesen Verbänden keine Zuwendungen erhal-

ten, sie bezahlen für ihre Mitgliedschaft. Sie setzen sich für den Erhalt der Umwelt ein und das müsste im Interesse aller Bürger Warens sein. Schließlich, und das ist nichts Neues, leben Stadt und Umland in der Hauptsache vom Tourismus. Ein wichtiges Standbein ist dabei die intakte Natur. Die Umwelt- und Naturschützer als Lobbyisten zu bezeichnen, grenzt aus meiner Sicht an üble Nachrede. Ich bin seit geraumer Zeit Bürgerin

der Stadt und fühle mich durch die oben genannten Verbände sehr gut vertreten.

Es müssten in diesem Zusammenhang noch ganz andere Fragen im Fokus stehen: Warum waren laut Nordkurier vom 22. März öffentliche Unterlagen zum Thema Feisneck, auf die die Stadtvertreter Zugriff hatten, für Warener Bürger vor den Ausschusssitzungen in der Woche vom 19. bis 21. März nicht einsehbar? Hier geht es um politische Teil-

habe der Bürger im gesellschaftlichen Miteinander. Durch mangelnde Transparenz wurde Interessierten die Möglichkeit genommen, als Besucher unter Wahrnehmung des Rederechts an der Entscheidungsfindung mitzuwirken.

Fraglich ist die Tagesordnung des Hauptausschusses, bei der das Thema Feisneck unter „Informationen“ versteckt war. Warum ist es so, dass Bürger unserer Stadt unterschiedliche Informa-

tionsstände haben? Kann es sein, dass der engagierte Bürger als Störfaktor gesehen wird? Mich erinnert diese Vorgehensweise fatal an wenig demokratische Zeiten in unserer Geschichte.

Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserbriefen vor. Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Anonyme Zuschriften sowie Briefe, die reine Polemik enthalten und Andere verunglimpfen, werden nicht veröffentlicht. Bitte geben Sie in jedem Fall Ihre vollständige Adresse und Telefonnummer an, für mögliche Rückfragen.